



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Johannes Becher, Cemal Bozoğlu, Dr. Martin Runge, Toni Schuberl, Ursula Sowa, Dr. Sabine Weigand** und Fraktion **(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Mehr Schutz für geflüchtete Frauen und Kinder aus der Ukraine nach der Ankunft in Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- Schutzzonen (unter der Federführung der Landesbehörden in Zusammenarbeit mit den Hilfsorganisationen) sowohl an den größten Hauptbahnhöfen und grenznahen Bahnhöfen als auch an den größten Registrierungsstellen der Regierungsbezirke in Bayern einzurichten, um sicherzustellen, dass bei Ankunft und der Registrierung der Erstkontakt mit den Behörden erfolgt und geflüchtete Frauen und Kinder aus der Ukraine nicht Opfer von Menschenhändlerringen oder anderen kriminellen Machenschaften werden,
- eine zentrale Registrierungsstelle des Landes für Personen einzurichten, die private Unterkünfte für ukrainische Geflüchtete bereitstellen.

Begründung:

Laut Berichterstattung warnt die Bundespolizei schon seit längerem vor unseriösen oder kriminellen Angeboten, die sich an geflüchtete Frauen aus der Ukraine richten, die an den Bahnhöfen eintreffen. Immer wieder wurden in den vergangenen Wochen bundesweit Fälle registriert, bei denen Männer ukrainischen Frauen bei der Ankunft dubiose Wohn- oder Übernachtungsangebote machten. Es geht dabei um den Verdacht der sexuellen Ausbeutung, Zwangsprostitution oder des Menschenhandels. Auch in Bayern sind solche Fälle bekannt. Da die Gefahr der falschen Versprechungen und kriminellen Handlungen gerade an unübersichtlichen Situationen wie großen Registrierungsstellen besteht, sollen, neben Hauptbahnhöfen und grenznahen Bahnhöfen, auch an diesen Orten Schutzzonen durch Landesbehörden in Zusammenarbeit mit Hilfsorganisationen eingerichtet werden. Solche Schutzzonen fordert auch die Gewerkschaft der Polizei (GdP).¹ An den zentralen Registrierungsstellen sollen auch Personen erfasst werden, die privat Unterkünfte zu Verfügung stellen, um diese zu prüfen und zu steuern. Die Unterbringung wird transparenter und mögliche Täter werden so abgeschreckt. Bei Übergriffen oder der Anwendung von Gewalt im privaten Raum kann so rasch nachverfolgt werden, wer die Urheberinnen und Urheber der Gewaltanwendung oder des Übergriffs sind.

¹ <https://www.n-tv.de/politik/GdP-fordert-Schutzzonen-fuer-Gefluechtete-article23213766.html>